

## **V-4 Schutz sexueller Identität endlich ins Grundgesetz – Koalitionsvertrag erfüllen und Bundesratsinitiative unterstützen**

Antragsteller\*in: Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow)

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

### **Antragstext**

1 Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz beschlossen. Nachdem auf und von deutschem  
2 Boden in ganz Europa Millionen Menschen entrechtet, gefoltert und ermordet  
3 wurden, stellte die neue Verfassung die Verpflichtung zum Schutz der  
4 unantastbaren Menschenwürde und der Rechte im Nationalsozialismus verfolgter  
5 Gruppen in den Mittelpunkt. Geregelt sind die Gleichheit vor dem Gesetz, die  
6 Gleichberechtigung der Geschlechter und den Schutz vor Benachteiligung aufgrund  
7 von Geschlecht, Sprache, Abstammung, "Rasse", Glauben oder politischer  
8 Anschauung.

9  
10 Wer im Artikel 3 fehlt, ist die Gruppe der Menschen, die aufgrund ihrer  
11 sexuellen Identität verfolgt wurden. Das hatte Folgen: Queere Menschen wurden  
12 auch in der Demokratie verfolgt, kriminalisiert und diskriminiert. Der Paragraph  
13 175 war bis zum 11. Juni 1994 in der während des Nationalsozialismus verschärften  
14 Fassung in Kraft und hat viele Jahre lang Leben zerstört. Der Bruch mit der  
15 Kultur des Unrechts war nicht komplett.

16 Diese klaffende Wunde im Grundgesetz muss nach 75 Jahren endlich geschlossen  
17 werden. Seit Jahren gibt es breit getragene zivilgesellschaftliche Initiativen,  
18 die eine Vervollständigung des Grundgesetzes zum Ziel haben. Auch wir als  
19 Bündnis 90/DieGrünen haben uns diesem Ziel verpflichtet und etwa durchgesetzt,  
20 dass es Teil des Koalitionsvertrags der aktuellen Bundesregierung wurde.

21 Angesichts einer schriller werden öffentlichen Stimmung und zunehmender  
22 Queerfeindlichkeit auch im politischen Diskurs ist es umso wichtiger, dass das  
23 Grundgesetz den Schutz marginalisierter Gruppen vor Verfolgung und Ausgrenzung  
24 schärft und vervollständigt

25 Der Landesverband Berlin von Bündnis 90 die Grünen fordert die Aufnahme  
26 sexueller Identität in den Artikel 3 des Grundgesetzes und ruft

- alle demokratischen Kräfte im Bundestag und Bundesrat auf, jetzt  
zusammenzukommen, ein Zeichen zusetzen und nein Grundgesetz möglich zu

29 machen, das wirklich für Alle da ist.

- 30 • den Landesvorstand und die Berliner Mitglieder von Bundesregierung und  
31 Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dieses Vorhaben des  
32 Koalitionsvertrags endlich umzusetzen.
- 33 • den Landesvorstand und die Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, sich beim  
34 Senat dafür einzusetzen und bei diesem Druck zu machen, dass er die vom  
35 Regierenden Bürgermeister angekündigte Unterstützung einer  
36 Bundesratsinitiative in die Tat umsetzt , und bei Landesregierungen mit  
37 bündnisgrüner Beteiligung dafür zu werben, eine solche Initiative zu  
38 initiieren und zu unterstützen.

## Begründung

Der Schutz vor Diskriminierung ist ein zentrales Anliegen unserer Partei. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, sich für die Aufnahme der "sexuellen Identität" in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes einzusetzen, um eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu verhindern.

Diese Ergänzung ist notwendig, weil das Grundgesetz queere Menschen in seiner bisherigen Form nicht ausreichend schützt. Die jahrzehntelange Beibehaltung des Paragraphen 175 und die damit verbundene Verfolgung queeren Lebens sind Folge dieser Auslassung. Auch wenn die gesetzliche Lage heute mehr Schutz für queere Menschen bietet, ist eine verfassungsrechtliche Regelung notwendig weil sie

1. klarstellt, dass der Schutz sexueller Identität auf der gleichen Stufe mit den Rechten der anderen Verfolgungsgründe und Diskriminierungsdimensionen steht,
2. eine erheblich höhere Barriere gegen den Rückbau queerer Rechte darstellt als einfache gesetzliche Regelungen. Angesichts der Gefahr eines Rechtsrucks und einer perspektivisch denkbaren Regierungsbeteiligung rechtsextremer Kräfte ist diese Schutzstufe dringend notwendig.

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner hat im vergangenen Jahr seine Unterstützung für die Vervollständigung des Artikels 3 ausgesprochen. Jetzt ist es Zeit, in an dieses Versprechen zu erinnern und einzufordern, dass er es hält.

## Unterstützer\*innen

Henning van Ackeren (KV Berlin-Pankow), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Öztürk Kiran (KV Berlin-Pankow), Henrik Rubner (KV Berlin-Kreisfrei), Lennart Gehrenkemper (KV Berlin-Pankow), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Markus Schopp (KV Berlin-Mitte), Tabea Schoch (KV Tempelhof-

Schöneberg), Lilly Aepfelbach (LV Grüne Jugend Berlin), Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Thomas Scheffler (KV Berlin-Kreisfrei), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)